



NIEDERSCHRIFT

über die konstituierende Sitzung
des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz
am Dienstag, 13.08.2019,
Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 19:12



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Lukas Hartmann

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

AfD

Christian Gies

Alfred Haas

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing



Die LINKE

Tobias Schreiner

Bastian Stock

Die PARTEI

Maximilian von Moers-Meißner

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Claus Eisenstein	(Jugendamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Rechtsamt)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Michael Niedermeier	(IT-Amt)
Falk Pfersdorf	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Arno Schönhöfer	(Jugendamt)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)



Sandra Diehl	(Leiterin Pressestelle)
Klaus Kißel	(Ortsvorsteher Arzheim)
Rolf Kost	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)
Julia Westermann	(Organisationsabteilung)

Schriftführer

Markus Geib



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass der SWR und andere Medienanstalten heute Bild- und Tonaufnahmen der Sitzung machen würden.

Der Stadtrat widersprach diesen Aufnahmen nicht.

Der Vorsitzende wies weiter darauf hin, dass in jeder Sitzung gemäß der Regelung der Hauptsatzung Tonaufnahmen zur Fertigung der Niederschrift gemacht werden.

Weiter werde man in dieser Wahlperiode mit Stimmkarten arbeiten, die heute auf den Plätzen ausliegen.

Ratsmitglied Dr. Migl vermisste den Punkt Einwohnerfragestunde auf der Tagesordnung.

Der Vorsitzende erläuterte, dass dies für die konstituierende Sitzung nicht vorgesehen sei. Ab der ersten Arbeitssitzung am 27. August 2019 werde dies selbstverständlich wieder Bestandteil der Tagesordnung sein.

Ratsmitglied Maier monierte die Reihenfolge der Anträge auf der Tagesordnung. Er finde es befremdlich, dass die Koalition sich so wichtig nehme, dass man den eigenen Antrag nach vorne setze. Man sollte dies wieder nach der Reihenfolge des Eingangs der Anträge machen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass ihm als Oberbürgermeister die Entscheidung über die Tagesordnung obliege. Er habe dies so entschieden, weil es sich um einen Antrag mehrerer Fraktionen handle.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach dem Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zur pestizidfreien Kommune, der heute ebenfalls nicht auf der Tagesordnung stehe.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass dieser schon in der Stadtratssitzung am 21. Mai 2019 behandelt und in den Umweltausschuss verwiesen worden sei.

Es bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung der Ratsmitglieder
2. Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 300/008/2019
- 2.1. Antrag Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Streichung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten und der Universitätsbeauftragten
Vorlage: 101/486/2019



3. Änderung der Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“
Vorlage: 300/007/2019
4. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Vorlage: 810/014/2019
5. Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 300/006/2019
6. Vorbereitung der Wahl einer/ eines 2. hauptamtlichen Beigeordneten
Vorlage: 100/281/2019
7. Einrichtung eines Jugendbeirats Beschluss der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über den Jugendbeirat (Jugendbeiratssatzung)
Vorlage: 300/004/2019
8. Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Klimanotstand Landau
Vorlage: 101/485/2019
9. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verschiedene Initiativen zum Wohngebiet "Horst"
Vorlage: 101/482/2019
10. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Mehrweggebot bei städtischen Veranstaltungen
Vorlage: 101/483/2019
11. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Trinkwasserbrunnen für Landau
Vorlage: 101/484/2019
12. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Änderung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: 101/487/2019
13. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln zur Anmietung einer Lagerhalle für die Freiwillige Feuerwehr Landau
Vorlage: 150/036/2019
14. Bestätigung von Eilentscheidungen
15. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Verpflichtung der Ratsmitglieder

Der Vorsitzende unterstrich, dass es einen großen Wechsel im Ratsrund gegeben habe. 22 ausgeschiedene Ratsmitglieder werde man im Anschluss an die Sitzung im Empfangssaal verabschieden. Ebenso viele neue Ratsmitglieder würden heute ihr Mandat antreten. Der Stadtrat sei deutlich jünger geworden mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren. Mit 16 Frauen sei der Stadtrat auch deutlich weiblicher geworden, so viele wie nie zuvor. Und der Rat sei auch mit 9 Gruppierungen und 8 Fraktionen bunter geworden.

Wesentliche Schwerpunkte der kommenden fünf Jahre seien sicherlich die Herausforderungen des Klimawandels, Fragen der Mobilität und des Verkehrs, die Schaffung von Wohnraum in unserer Stadt, die künftige Struktur der Universität mit ihren Auswirkungen für Landau, die geplante Kommunalreform mit der Frage der Kreisfreiheit sowie Fragen der Digitalisierung und des gesellschaftlichen Wandels. Es werde Diskussionen und unterschiedliche Positionen im Rat geben. Er appelliere, einen sachlichen und konstruktiven Diskurs zu führen. Man sollte bei aller unterschiedlichen Auffassung bemüht sein, einer Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Unter dieser Prämisse wolle er nun die Ratsmitglieder verpflichten.

Er wies auf die Rechte und Pflichten der Ratsmitglieder hin. Gemäß § 30 übe jedes Ratsmitglied sein Mandat nur in freier Gewissensüberzeugung aus und sei dabei nicht an Weisungen oder Aufträge der Wähler gebunden. Es gebe eine besondere Treue- und Schweigepflicht und es dürfe nicht an Entscheidungen mitgewirkt werden, wenn Ausschließungsgründe gemäß § 22 der Gemeindeordnung vorliegen.

Der Vorsitzende verpflichtete dann durch Handschlag jedes einzelne Ratsmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Rechte und Pflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Änderung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 7. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Saßnowski betonte, dass der Ausgang der Wahl Landau verändert habe und auch in Zukunft verändern werde. Die Grünen hätten mit 11,7 % Zuwachs die Zahl der Sitze fast verdoppelt. Dies erfülle ihre Fraktion mit Dankbarkeit und Demut, aber auch mit großem Tatendrang. Man sei gewählt worden, um neue Schwerpunkte zu setzen, gewählt um zu gestalten und voran zu gehen, gewählt damit sich etwas ändere. Es gebe viel zu tun in Landau. Mit der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft wolle man Wohnraum schaffen besonders für Familien. Man wolle die Belange der Universität und der Studierenden ins Zentrum der Politik rücken. Durchschnittlich 1,8 Millionen Euro jährlich werde man in die Verbesserung der Radinfrastruktur investieren. Gemeinsam mit CDU und FDP plane man ein neues Wohnviertel für Landau. Ein Wohnviertel, in dem man Wohnen mit Klimaschutz und Umweltschutz verbinde. Dies fordere Veränderungen auch im Stadtvorstand. Mit CDU und FDP habe man ein Bündnis für 5 Jahre geschlossen. Dieses Bündnis wolle Landau gut voranbringen. Ein grüner Beigeordneter sei die logische Konsequenz des Wahlergebnisses. All diese Vereinbarungen seien in der vorliegenden Hauptsatzung verankert. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass Landau sich gut fortentwickelt habe. Die Fortentwicklung werde neue Akzente bekommen, auch wenn einiges richtig gewesen sei in der Vergangenheit. Im vorliegenden Entwurf der neuen Hauptsatzung habe man einige notwendige Anpassungen. So habe man die Größe der Ausschüsse weitgehend auf 15 Mitglieder vereinheitlicht und einen neuen Mobilitätsausschuss geschaffen. Verändert habe man auch die finanziellen Auswirkungen und nach 15 Jahren die Höhe der Aufwandsentschädigung und der Geschäftsführungskosten angepasst. Diese Stadt Landau habe in den vergangenen Jahrzehnten enorm viel geleistet und bewirkt. Er halte einen zusätzlichen hauptamtlichen Beigeordneten für vertretbar und auch für vermittelbar. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass Kommunalwahlen das Hochamt der Demokratie seien. Ob die Wähler dieses neue Bündnis wirklich wollten sei eine andere Frage. Er danke ausdrücklich dem bisherigen Beigeordneten Rudi Klemm für die von ihm geleistete Arbeit. Ihm sei die Sache immer wichtiger als die Show gewesen. Zukünftige Dezernenten würden erst noch beweisen müssen, dass sie die gleiche Sachkompetenz besitzen. Aus seiner Sicht seien ein weiterer ehrenamtlicher Beigeordneter ebenso verzichtbar wie die Position einer Unibeauftragten, die zudem noch genauso bezahlt werden solle wie ein Ortsvorsteher. Es sei auch noch vollkommen unklar, was die Unibeauftragte noch zusätzlich im Konstrukt mit dem künftigen Uniausschuss und dem Unidezernenten machen solle. Die CDU mache dies auch noch mit, dabei interessiere die CDU die Universität nur am Rande. Im Gesamtpaket sei dies alles ein unangemessener Griff in die Stadtkasse. Der Koalitionsvertrag sehe vor, dass die beiden hauptamtlichen Positionen im Stadtvorstand – Bürgermeister und Beigeordneter – noch vor der OB-Wahl gewählt werden sollen. Mit dieser Regelung schaffe es Herr Hartmann sich 12 Jahre abzusichern, ohne sich einmal den Wählern zu stellen. CDU und Grüne wollten dieses Konstrukt bis zum Jahr 2031 absichern. Die SPD-Stadtratsfraktion lehne den Entwurf der Hauptsatzung ab.



Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass die Grünen beim Thema Wohnen für alle völlig unglaubwürdig seien. Es reiche nicht, dies immer zu fordern, aber dann sämtliche Baugebiete abzulehnen. Was der FWG aufstoße, ist die Position der Unibeauftragten. Der Uniausschuss, den es bisher gab, sei oft ausgefallen. Dies sei ein Kostenfaktor, der nicht sein müsste. Wenn schon, dann wäre es besser gewesen, einen Unibeauftragten in rollierender Form zu installieren. Ein weiterer Punkt sei die Frage wozu man einen Kulturbeirat und einen Mobilitätsausschuss brauche. Er wisse auch nicht, was es mit Demokratie zu tun habe, wenn man führende Posten für über 10 Jahre festschreibt, ohne sich einer Wahl zu stellen.

Ratsmitglied Gies wies darauf hin, dass die AfD erstmals im Stadtrat richtig vertreten sei. Durch den Wahlsieg der Grünen, den man natürlich neidlos anerkenne, werde sich die Politik in Landau massiv verändern. Die AfD-Stadtratsfraktion wolle konstruktiv und mit Vernunft und Verstand zum Wohle der Landauer Bürger mitarbeiten. Man begrüße, dass die Zahl der Mitglieder in den Ausschüssen erhöht worden sei. Kritisch sehe man die Position des ehrenamtlichen Beigeordneten, den man nicht benötige, wenn man einen hauptamtlichen habe.

Ratsmitglied Dr. Migl sah es als ganz wesentlichen Punkt, dass sich die Personalpolitik der Koalition in der Hauptsatzung widerspiegele. Sie gestehe zu, dass die Grünen aufgrund ihres Wahlergebnisses eine hauptamtliche Vertretung im Stadtvorstand anstreben. Was man aber nicht nachvollziehen könne, sei die zusätzliche Stelle eines ehrenamtlichen Beigeordneten. Dies sei nicht notwendig. Die Kosten für die Stelle des hauptamtlichen Beigeordneten würden sich durch die Streichung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten und der Universitätsbeauftragten teilweise kompensieren lassen. In diese Richtung gehe der Antrag ihrer Fraktion, für den sie um Zustimmung bitte.

Sparwille sollte man zeigen, in dem man auch auf die Erhöhung der Aufwandsentschädigung und der Fraktionsgelder verzichte.

Die vorgelegte Hauptsatzung solle die personellen Entscheidungen der Koalition absichern, dies lehne man ab.

Insgesamt werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion konstruktiv mitarbeiten, wenn es der Sache diene.

Ratsmitglied Silbernagel betonte, dass die vorliegende Hauptsatzung das Ergebnis der Vereinbarungen der neuen Koalition sei. Es sei der FDP überhaupt nicht peinlich, in der neuen Koalition zusammenzuarbeiten. Diese neue Koalition spiegele sich im neuen Stadtvorstand und in der Hauptsatzung wider. Er könne auch die Kritik an der Stelle der Unibeauftragten nicht nachvollziehen. Eine Universitätsbeauftragte müsse nahe an der Uni sein, um Synergieeffekte zu haben. Einer Stadt, die sich Universitätsstadt nenne, stehe eine Universitätsbeauftragte gut zu Gesicht. Positiv sehe er auch die Erhöhung der Ausschusssitze auf 15, um auch den kleinen Fraktionen die Möglichkeit der Mitarbeit zu geben. Notwendig aus seiner Sicht sei auch die Einrichtung eines Mobilitätsausschusses. Es gebe eine Vielfalt von Themen in diesem Bereich, die eine intensive Beratung erfordern würden. Die vorgelegte Hauptsatzung sei ein stimmiges Werk, dem die FDP-Stadtratsfraktion zustimmen werde.

Ratsmitglied Schreiner erklärte, dass auch seine Fraktion neu im Rat sei. Angetreten sei man vor allem wegen sozialpolitischer Inhalte und mehr Umweltschutz. Man begrüße die Einrichtung eines Mobilitätsausschusses als eine gute Sache. Einsetzen wolle man sich auch für ein neues Wohngebiet, dass ein „Wohngebiet für Alle“ werden solle. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Hauptsatzung zu.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja,- 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Änderung der Hauptsatzung als Satzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

Antrag Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Streichung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten und der Universitätsbeauftragten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 19. Juli 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann sprach sich gegen den Antrag aus. Die Universität sei mit der entscheidendste Standortfaktor der Stadt. Es sei traurig, wenn ohne Hintergrundwissen einfach eine Stelle gestrichen werden solle bei einer Universität von der 9.000 Menschen in dieser Stadt betroffen seien. Diese Stelle zu streichen widerspreche allem was gut sei für diese Stadt.

Ratsmitglied Dr. Blinn entgegnete, dass Hochschulpolitik immer noch Sache des Landes und nicht eines hauptamtlichen Beigeordneten sei.

Der Stadtrat lehnte mit 18 Ja- und 27 Nein-Stimmen:

den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, die Stellen des ehrenamtlichen Beigeordneten und der Universitätsbeauftragten zu streichen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Änderung der Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 11. Juli 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“ (EWL)“.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 8. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH dem beigefügten Entwurf der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 4. Juli 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Vorbereitung der Wahl einer/ eines 2. hauptamtlichen Beigeordneten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 1. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete ihren Änderungsantrag, mit der man eine Präzisierung des Antragstextes erreichen wolle.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass der Antrag suggeriere, dass es bei der Beigeordnetenstelle nur um das Thema Umwelt gehe. Er habe eine ganz andere Vorstellung, was Politik leisten solle. Politik artikuliere gesellschaftliche Interessen, versuche Kompromisse zu erarbeiten. Es sei daher die zentrale Frage nicht wen suchen wir, sondern was suchen wir. Man suche einen Politiker und keinen Verwaltungsfachmann. Daher sei es eine politische Frage, die hier zu klären sei. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion lehne daher den Änderungsantrag ab.

Ratsmitglied Dr. Migl erwiderte, dass es eine öffentlich ausgeschriebene Stelle sei. Für diese sei ein gründliches Wissen im Umweltbereich erforderlich.

Ratsmitglied Lerch warnte davor, das Profil der Stelle einzuengen. Umso enger würde man nämlich dann auch den Bewerberkreis machen. Wenn man diese Kriterien, die man hier fordere, anwenden würde, hätte man weder den Bürgermeister noch den Beigeordneten wählen dürfen.

Ratsmitglied Maier war es wichtig, die Stelle erst auszuschreiben, wenn die ADD dem zustimme. Dies sei auch ein wichtiges Signal an die Mitarbeiter in der Verwaltung.

Ratsmitglied Freiermuth gab zu bedenken, dass ein Wahltag am 24. September 2019 zu kurz sei.

Der Stadtrat lehnte den Änderungsantrag der Pfeffer- und Salz-Stadtratsfraktion, den Ausschreibungstext zu ergänzen mit 19 Ja-, 24-Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

die Ausschreibung der Stelle einer/ eines 2. hauptamtlichen Beigeordneten mit dem beigefügten Ausschreibungsentwurf nach § 53 a Absatz 4 der Gemeindeordnung (GemO).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Einrichtung eines Jugendbeirats Beschluss der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über den Jugendbeirat (Jugendbeiratssatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 12. Juni 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Trippner erinnerte daran, dass die Grüne-Stadtratsfraktion bereits 2015 die Einrichtung einer Jugendvertretung angeregt habe. Es sei erfreulich, dass dies nun in einer festen Struktur münden solle. Durch die Beteiligung der Jugendlichen an der Erarbeitung der Satzung, sei es möglich ein Gremium zu schaffen, das deren Vorstellungen entspreche. Es sei dies ein Schritt in die richtige Richtung und werde sicher auch eine Bereicherung für den Stadtrat sein. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Burgdörfer erklärte, dass die CDU die Einrichtung des Jugendbeirats ausdrücklich befürworte. Wenn Jugendliche sich kommunalpolitisch engagieren wollten, sei dies ein Gewinn für alle. Dies sei aber nicht selbstverständlich. Bis zum Beschluss heute sei es ein langer Prozess mit vielen Schritten gewesen. Jugendarbeit sei schon immer Beziehungsarbeit gewesen. Ihr Dank gelte den Jugendlichen für die tolle Vorarbeit, die geleistet worden sei. Demokratie und Courage sei diesen Jugendlichen wichtig. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schwarzmüller war froh, dass nun endlich ein Jugendbeirat komme. Es sei eine lange und intensive Arbeit auf dem Weg dorthin gewesen. Sie danke allen für das Engagement. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass niemand gegen die Einrichtung eines Jugendbeirats sein könne. Hinsichtlich des politischen Engagements von Jugendlichen sei es in der Vergangenheit nicht ganz einfach gewesen. Dies habe sich in den letzten Monaten radikal geändert. Die FWG-Stadtratsfraktion werde natürlich ebenfalls zustimmen.

Ratsmitglied Gies hielt politisches Engagement von Jugendlichen für wichtig. Kinder und Jugendliche seien die Zukunft. Insofern stimme die AfD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl bezeichnete die Einrichtung eines Jugendbeirates als wichtigen Schritt, junge Menschen ernst zu nehmen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Ratsmitglied Silbernagel betonte, dass ein Jugendbeirat eigentlich ein Muss sei. Viele Themen seien jünger geworden, daher sei es wichtig, dass auch die Stadt Landau einen Jugendbeirat bekomme. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schreiner unterstrich, dass sich Jugendliche vielfältig beteiligen würden wie beispielsweise bei „Friday for Futures“ oder bei antifaschistischen Aktionen. Genauso wichtig sei das Engagement Jugendlicher im kommunalpolitischen Bereich. Daher stimme die LINKE-Stadtratsfraktion der Vorlage gerne zu.

Ratsmitglied von Moers-Meißner bat darum darauf zu achten, dass im Jugendbeirat politische Vielfalt gelehrt werde.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die Einrichtung eines Jugendbeirats.
2. die dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über den Jugendbeirat (Jugendbeiratssatzung)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Klimanotstand Landau

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion vom 7. Juli 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Die Klimakrise sei eine Krise von besonderer Qualität. Mit dieser Resolution erkenne die Koalition den Klimanotstand an. Man müsse bereit sein etwas zu tun, um die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit zu bewahren. Dies sei das politische Ziel unserer Zeit. Es dürfe nicht mehr passieren, Klimaschutzziele zu verfehlen. Hierzu mache man konkrete Schritte wie die Erhöhung des Fahrradinfrastrukturbudgets auf 1,8 Millionen Euro oder der Pflanzung von 500 zusätzlichen Bäumen. Für die Konkretheit dieser Resolution bekomme man bundesweit Lob. Dies sei alles Voraussetzung für eine neue Ernsthaftigkeit bei diesem Thema. Der Änderungsantrag der Pfeffer und Salz-Fraktion helfe in der Sache nicht weiter. Es habe das Angebot an die Fraktionen von SPD, FWG, Pfeffer und Salz und LINKE gegeben, sich einzubringen in diese Resolution. Bis Sonntag habe es keine Rückmeldungen gegeben. Dies heute sei nur ein Anfang, sei natürlich nur Papier. Es gelte, dies nun mit konkreten Beschlüssen in den nächsten Wochen und Monaten zu untermauern. Er sei aber den Koalitionspartnern ausdrücklich dankbar, dass man so heute die Zusammenarbeit beginnen könne.

Ratsmitglied Dr. Sögdling stellte fest, dass Klimaschutz zu dem Schlagwort weltweit geworden sei. Dies dürfe niemanden mehr kalt lassen. Die CDU-Fraktion finde auch die Aktionen von „Fridays for Future“ begrüßenswert, die die Öffentlichkeit auf den Plan rufe. Allerdings brauche die Abkehr von Althergebrachtem einen langen Atem. Drei wesentliche Kriterien würden im Mittelpunkt der Resolution stehen: Kehrtwende, Weichenstellungen und schnellstes umgehendes Handeln auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Daher müsse die Politik reagieren und Lösungen finden. Die Ausrufung des Klimanotstandes sei zum einen eine Absichtserklärung und zum anderen das Fundament für weitere Maßnahmen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Antrag selbstverständlich zustimmen.

Ratsmitglied Maier war der Auffassung, dass der Klimawandel die Parteienlandschaft verändert habe. Die Wahlen am 26. Mai seien eine Klimawahl gewesen. Als SPD nehme man das Wahlergebnis an und werde die Lehren daraus ziehen. Man werde in nächster Zeit viele Anträge einbringen, die nachhaltig Auswirkungen auf das Klima haben werden. So werde man beispielsweise beantragen, dass Landau dem Klimabündnis beitrete. Ebenso müsse, sobald dies rechtlich möglich sei, auch der Busverkehr in Landau kostenlos werden. Dieser vorliegende Antrag der Koalition zur Ausrufung des Klimanotstandes sei ein Sammelsurium von heißer Luft. So komme man ins SWR-Fernsehen, aber für den Klimaschutz sei wenig getan. Es sei dies nichts anderes als eine Show der Koalition. Dennoch werde die SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich dem Antrag zustimmen. Man tue dies einzig aus Respekt vor dem Einsatz der vielen jungen Menschen für den Klimaschutz.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass man die Klimaproblematik ernst nehmen müsse. Er verstehe aber nicht, warum man hier den Begriff Notstand verwenden müsse. Man müsse sich schon fragen, warum 20 Städte dem Klimanotstand nicht zugestimmt hätten. Mit einem Notstand mache man eine rechtliche Dimension auf, die zur



Einschränkung von Bürgerrechten führe. Der Begriff Notstand sei sehr plakativ. Vieles, was in dem Antrag vorgeschlagen werde sei nicht neu und sei bereits von Herrn Beigeordnetem Klemm angestoßen worden. Er nenne hier das Integrierte Klimaschutzkonzept und die Baumschutzsatzung, die schon längst verabschiedet sein könnte, wenn nicht die CDU dies blockiert hätte. Auch das Mobilitätskonzept und die Stelle des Klimaschutzmanagements seien hier zu nennen. In Landau habe man im Stadtgebiet auch bereits über 27.000 Bäume. Man müsse aber auch ehrlich und offen sagen, dass die Probleme künftig alleine schon durch die Bevölkerungsentwicklung größer werden. Dies sei das eigentliche Grundproblem. Der Bürger müsse auch wissen, was auf ihn zukomme, wenn man das alles umsetze. Offen bleibe auch die Frage, was die Koalition mit verdichtetem Bauen meine. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab.

Ratsmitglied Gies erklärte, dass es den Klimawandel gebe. Dies spüre man überall. Klimawandel gebe es aber schon seit tausenden von Jahren. Ob der Klimawandel von Menschenhand gemacht sei, sei zweifelhaft. Hier würden die Expertenmeinungen auseinandergehen. Bei schwierigen Fragen gebe es nun mal nicht die leichten Antworten, die man gerne hätte. Natürlich müsse Klimapolitik ernst genommen werden, aber ohne Ideologien und Hysterie. Wenn man den Klimanotstand ausrufe, müsse man aber auch einen Weg entwickeln, der ökologisch sinnvoll und vernünftig sei. Man sei gerne bereit, diesen Weg mitzugehen. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Dr. Migl befürwortete die Ausrufung des Klimanotstandes. Die Änderungsanträge ihrer Fraktion würden der Präzisierung dienen und seien ehrgeiziger. Der Mensch sei der Klimatreiber, dies müsse man in den Vordergrund stellen. Jedes tatenlose Jahr schränke die Handlungsmöglichkeiten ein. Man schlage beispielsweise vor, bei der Neuversiegelung von größeren Flächen die Dringlichkeit zu begründen. Weiter wolle man einen 10-Minuten-Bustakt kostenfrei anbieten, die Elektromobilität ausbauen und die 500 Bäume statt in 5 Jahren bereits in 2 Jahren pflanzen. Es müssten auch vierteljährliche Berichte im Stadtrat erfolgen, wie man vorangekommen sei. Letztendlich gehe es um die Sache, daher werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Wissing unterstrich, dass Notstand womöglich wirklich ein großes Wort sei. Aber in großen Dingen wie dem Klimaschutz dürfe man auch große Namen nennen. Es sei richtig, immer wieder mehr und neuen Schwung in dieses Thema reinzubringen. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Stock begrüßte die Ausrufung des Klimanotstandes. Gerade auch der Begriff Notstand sei wichtig. Alle Experten würden klar sagen, dass man ein Problem mit CO² habe. Er hoffe, dass die Koalition diese Ziele nicht nur erreichen, sondern auch noch übertreffen wolle. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete zum Änderungsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, dass man ein solches Ticketsystem so gar nicht beschließen dürfe. Auch ein vierteljährlicher Bericht sei wenig zielführend.

Ratsmitglied Herrmann erklärte, dass es schön gewesen wäre, wenn man auch die AfD-Stadtratsfraktion im Vorfeld beteiligt hätte.



Ratsmitglied Stock erwiderte auf Herrn Hartmann, dass es in der Tat für ihn darum gehe, die Ziele noch zu übertreffen. Ihm sei bewusst, dass man nicht alles sofort umsetzen könne. Aber man habe nur eine Umwelt, die man retten und schützen müsse.

Ratsmitglied Lerch sprach von einer ziemlich wirren Diskussion, die hier geführt werde.

Ratsmitglied von Moers-Meßmer bezeichnete den Verlauf dieser Diskussion als politischen Klimanotstand.

Der Stadtrat lehnte mit 15 Ja-, 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Änderungsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion mehrheitlich ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Der Stadtrat der Stadt Landau

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an;
- vertritt die Auffassung, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen;
- berücksichtigt ab sofort stärker die Auswirkungen auf das Klima bei Entscheidungen und bevorzugt grundsätzlich Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Verpflichtender Bestandteil für politische Beschlussvorlagen ab Herbst 2019 werden Informationen zu „Nachhaltigkeit und Auswirkungen auf den Klimaschutz der Entscheidung“;
- verpflichtet sich, im Rahmen von Klimaschutzkonzept und dem integrierten Mobilitätskonzept Maßnahmen zur Senkung der Emissionen durchzuführen, um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf 4,5 t pro Mensch und Jahr bis 2030 zu erzielen;
- wird als Klimaschutzmaßnahmen im Durchschnitt der kommenden Jahre jeweils pro Haushalt mehr Mittel für Investitionen und Erhalt der Radinfrastruktur einstellen als in den vergangenen fünf Jahren insgesamt, das städtische Bussystem im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten erweitern und Maßnahmen wie den KfW55 Baustandard und die Solaroffensive beschließen, die Energie einsparen und erneuerbare Energieerzeugung fördern;
- wird zur Klimaanpassung fünfhundert Bäume in und an Verkehrswege der Stadt Landau pflanzen lassen, um bestehende Bäume zu schützen, eine Baumschutzsatzung verabschieden und konsequenter Begrünungen von Dächern und Fassaden ebenso einfordern, wie öffentliches Grün in Bebauungsplänen festzusetzen;
- strebt an, die Klimaschutzmanagementstelle nicht nur für den Förderzeitraum von drei Jahren, sondern dauerhaft zu installieren;
- fordert den Stadtvorstand auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit regelmäßig über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen inklusive in Stadtholding, GML und EWL Bericht zu erstatten;
- appelliert auch an andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland, sich der Ausrufung des Klimanotstandes anzuschließen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verschiedene Initiativen zum Wohngebiet "Horst"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 15. Mai 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Es gehe hier um die Bewohner des Horstes und um deren Anliegen. So sollte man bei der Ausschreibung der neuen Linienbündel den Horst besser berücksichtigen. Man bitte die Verwaltung zu beauftragen, die Dinge gemeinsam mit den Vertretern des Horstes zu besprechen und anzugehen.

Der Vorsitzende erklärte, dass man dies als Prüfauftrag annehme und die Dinge verwaltungsintern prüfen und umsetzen werde, sofern dies möglich sei.

Der Stadtrat nahm den Antrag zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Mehrweggebot bei städtischen Veranstaltungen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 8. Juli 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Die Umwelthilfe fordere schon lange Mehrweggebote in Städten bei Festen und Veranstaltungen. Dem schließe man sich an und fordere ab Januar 2020 ein Einwegverbot bei städtischen Festen und Veranstaltungen.

Der Vorsitzende schlug vor, diesen Antrag als Prüfauftrag zu verstehen und die notwendigen Daten zusammenzustellen um dann zeitnah im Fachausschuss beraten und entscheiden zu können.

Ratsmitglied Maier war damit nicht einverstanden und bestand auf Abstimmung des Antrages.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstützte den Antrag. Sie halte das Anliegen der SPD für umsetzbar und dementsprechend auch für jetzt abstimmungsfähig.

Ratsmitglied Doll sah kein Problem, es im Fachausschuss zu beraten. Man sei hier nicht unter Zeitdruck.

Ratsmitglied Hartmann sprach sich ebenfalls für einen Verweis in den Verwaltungsrat EWL aus. Es sei ja grundsätzlich ein unterstützenswertes Anliegen. Es werde nur funktionieren, wenn die betroffenen Fachämter aufzeigen, wie man dies umsetzen könne.

Ratsmitglied Löffel stellte nochmals klar, dass die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag prinzipiell unterstütze. Dennoch spreche man sich für den Vorschlag des Oberbürgermeisters aus, dies verwaltungsintern zu prüfen und in den Fachausschüssen zu beraten.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 18 Ja-, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Mehrweggebot bei städtischen Veranstaltungen ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Trinkwasserbrunnen für Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 8. Juli 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Es gebe hierfür mittlerweile eine Förderkulisse des Landes. Daher bitte man zu prüfen, ob man den Brunnen auf dem Rathausplatz entsprechend umrüsten könne.

Der Vorsitzende entgegnete, dass das angesprochene Förderprogramm völlig unzureichend sei. Neben dem bestehenden Trinkwasserbrunnen bei der Energie Südwest plane man einen weiteren am Sportzentrum West. Man suche grundsätzlich auch noch nach weiteren Standorten.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Änderung der Abfallgebührensatzung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 20. Juli 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Mit diesem Antrag wolle man weg von der Pauschalierung, wenn das angelieferte Volumen unter 200 Kilogramm liege. Dies könne mit einer Volumenabschätzung geschehen. Damit werde man den Bürgern gerecht.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass man dieses Thema bereits aufgegriffen habe. Es könne natürlich nicht zum Nulltarif zu haben sein. Er schlage vor, diesen Antrag im Verwaltungsrat EWL zu beraten. Man werde hier sicher eine gute Lösung finden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion auf Änderung der Abfallgebührensatzung bei Anlieferungen unter 200 Kilogramm wird in den Verwaltungsrat EWL verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln zur Anmietung einer Lagerhalle für die Freiwillige Feuerwehr Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Brand- und Katastrophenschutzes vom 5. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

Zur Anmietung einer Lagerhalle für die Freiwillige Feuerwehr Landau werden bei Produkt 12601.5621 im Haushaltsjahr 2019 überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 22.000 € bereitgestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Bestätigung von Eilentscheidungen

Der Vorsitzende verwies auf die Eilentscheidung vom 17. Juni 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat nahm die Eilentscheidung zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Saßnowski bat um Auskunft, ob dem Stadtvorstand Erkenntnisse zu einem möglichen Fehlverhalten des Vorsitzenden des Beirates für Migration und Integration hinsichtlich des Integrationsturniers vorliege.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man an dem Spieltermin festhalte. Es gebe eine Reihe weiterer Sponsoren, womit dieses Problem gelöst sein dürfte. Ansonsten kenne er Herrn Yilmaz nur als sehr engagierten und zuverlässigen Menschen.



Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 13.08.2019 umfasst 19 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 177.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter